

Bismarck und die Parteien 1871 -- 1878 (Bismarck im politischen Parteikampf)

Die offizielle Publizistik im Kaiserreich ging von einer breiten Unterstützung, wenn nicht gar von einer „Gefolgschaft des ganzen Volkes“ für Bismarck aus. Diese muss schon deswegen fraglich bleiben, weil Bismarck in seiner Stellung als Reichskanzler nicht dem Parlament als der gewählten Volksvertretung verantwortlich war. Dieser Grundzug der Reichsverfassung von 1871 wird deshalb von Bedeutung für das Verhältnis der Parteien zu Bismarck, weil er nicht auf ihn tragende Parteien oder Parteienkoalitionen angewiesen war, sondern sich Mehrheiten von Fall zu Fall neu suchen konnte bzw. mußte.

Überprüft man nun das Verhältnis einzelner Parteien zu Bismarck, dann ergeben sich folgende Einzelpunkte:

- Nationalliberale: uneingeschränkte Unterstützung (bis zur Schutzzollpolitik 1878);
- Konservative: eingeschränkte Unterstützung;
- Zentrum: Ablehnung wegen der Kirchenpolitik (Kulturkampf) und wegen des protestantischen Charakter des Reiches;
- Nationale Minderheiten: Ablehnung wegen der Germanisierungspolitik (Elsaß-Lothringer, Polen);
- Fortschrittspartei: Ablehnung wegen politischer Differenzen (Betonung der liberalen Freiheiten, "Freiheit vor Einheit");
- Sozialdemokraten: strikte Gegnerschaft aufgrund der ideologischen Interpretation von Staats- und Gesellschaftsform.

Für eine detailliertere Darstellung des Verhältnisses bieten sich zunächst – unter der Überschrift “Kampf“ - Bismarcks Kampf gegen die Sozialdemokratie oder gegen den politischen Katholizismus (Kulturkampf) an.

Gerade bei der Einführung des Sozialistengesetzes, Kernpunkt seines **Kampfes gegen die Sozialdemokratie**, kommt die Vielschichtigkeit der Politik und der Motive Bismarcks zum Ausdruck. Dem verfassungspolitischen Aspekt entsprach ein außenpolitischer und ein innenpolitischer.

Verfassungspolitisch musste die Forderung der Sozialdemokratie nach Einführung der Republik die **Grundlagen des monarchischen Staates** erschüttern. Außenpolitisch sah der Kanzler ihre Internationalität als Gefährdung Deutschlands an, weil er ein Bündnis der internationalen Arbeiterklasse mit den äußeren Gegnern des Reiches zur Durchsetzung ihrer Ziele befürchtete. Im Innern schließlich hätte eine Durchsetzung der sozialdemokratischen Forderungen eine Änderung sowohl der bestehenden Gesellschafts- als auch der Wirtschaftsordnung nach sich gezogen. Bismarck war aus seiner **konservativ-monarchischen Grundhaltung** heraus davon überzeugt, dass dies durch einen gewalttätigen Umsturz geschehen sollte.

Der Konflikt wurde sowohl als **Kampf gegen die Sozialdemokratie** als auch als Werben um die Arbeiter ausgetragen. Bismarck sah, dass allein mit

Unterdrückungsmaßnahmen keine Erfolge zu erzielen waren, sondern dass der Staat die als "richtig" erkannten Forderungen der Arbeiter erfüllen musste. Sein Ziel indessen, die Sozialdemokratie auf diese Weise aus der Politik im Deutschen Reich hinauszudrängen, konnte er nicht erreichen. Als das Sozialistengesetz 1980 nicht mehr verlängert wurde, gewannen die Sozialdemokraten von Mal zu mal mehr Wähler für sich, bis sie 1912 schließlich zur stärksten Reichstagsfraktion aufstiegen.

Im Kampf gegen die Sozialdemokratie zeigt sich, dass Bismarck "**moralische Wertungen**" anlegte: Die Forderungen der Arbeiter waren an sich berechtigt, und der Staat war verpflichtet, sowohl die akute Notlage als auch die latente Gefährdung der Arbeiter zu beheben. Das ist Inhalt der seit 1883 eingeführten Sozialversicherungsgesetze. Auf der anderen Seite sprach er der Arbeiterschaft jedoch das Recht ab, sich auf dem demokratischen Weg für eine Änderung der herrschenden Verhältnisse einzusetzen.

Im "**Kulturkampf**" ging es Bismarck darum, den Einfluss des politischen Katholizismus, der sich als Gegenbewegung zum laizistischen Liberalismus entwickelt hatte, zurückzudrängen. Er war besonders im katholischen Rheinland und in den katholischen polnischen Provinzen stark. Bismarck versuchte daher, Staat und Kirche zu trennen und griff zu Kampfmitteln, wie der strafrechtlichen Verfolgung von Äußerungen auf der Kanzel ("Kanzelparagraph") oder dem Entzug von angestammten Rechten, wie der Einführung der obligatorischen Zivilehe.

Der Erfolg des Kirchenkampfes ist ähnlich wie der Erfolg des Sozialistengesetzes: Der Staat konnte zwar die Kirche aus den Bereichen wie Schulaufsicht und Standesbeurkundung zurückdrängen, aber den politischen Katholizismus (die Zentrumspartei) nicht nachhaltig schwächen. Die Zwangsgesetze mussten nach einiger Zeit wieder aufgehoben werden.

Dieser Kampfsituation steht Bismarcks **Verhältnis zu den Liberalen** gegenüber. Sie wurden von ihm unterstützt, aber auch nur, soweit sie seine Erwartungen auf eine konforme Haltung im Reichstag erfüllten. Als sie 1878 die Vorlage Bismarcks für das Sozialistengesetz ablehnten, nutzte Bismarck die Erregung in der öffentlichen Meinung nach dem zweiten Attentat auf Wilhelm I. aus, um mittels Auflösung und Neuwahl des Reichstags sich eine gefügige Mehrheit im Parlament zu sichern – die er dann auf der konservativen Seite fand.

Zur selben Zeit zerbrach an der Schutzzollfrage das Bündnis zwischen Bismarck und den Nationalliberalen, das bisher für Kontinuität in der Politik gesorgt hatte. Nach dem Auseinanderbrechen der nationalliberalen Fraktion und der Reichstagswahl 1881 musste Bismarck sich mit **wechselnden Mehrheiten** im Reichstag zurechtfinden, die es ihm unmöglich machten, langfristige Konzeptionen zu verwirklichen.

1882 formulierte er im Reichstag ganz eindeutig, dass im Widerstreit zwischen "*Vaterland und parlamentarischer Majorität*" seine Wahl "*niemals zweifelhaft*" sein könne. Diese Grundhaltung bestimmte sein Verhältnis zu den Parteien, die für ihn nie Repräsentant eines übergeordneten Volkswillens, sondern immer nur **Mittel zum Zweck** waren; diese Grundhaltung drückt sich auch in der bekannten Karikatur aus, die Bismarck mit der Peitsche im Reichstag zeigt. Seit 1880 trug er sich auch mit Staatsstreichplänen, um den Reichstag auszuschalten, da sein Regierungsstil sich mit einem parlamentarischen System nicht vertrug. In seinem Denken hatte der Reichstag "**gefügig**" zu sein.